

## Experten bewerten – das Regierungsprogramm<sup>1</sup> auf dem Prüfstand: Bildungspolitik

Weis(s)e Wirtschaft in Kooperation mit der Initiative für Starke Schulen, 14. 2. 2018

Moderator **Manfred Meraner** von der Initiative für Starke Schulen stellt deren Hauptideen vor: das Wissen über die Bildung verbessern und bekannter zu machen. Außerdem wurde 2017 der Award Starke Schulen zum ersten Mal vergeben, es gab viele und interessante Einreichungen.

**Mag. Peter Brandner** von der Weis(s)en Wirtschaft bezeichnet den in der Öffentlichkeit kritisierten Reformstillstand als „Fake News“. Es gebe eine Reihe von Reformen aber die Bildungspolitik erweise sich als „Minenfeld der Ideologien“. **Meraner** meint, dass Bildungsreformen erst nach etwa zehn Jahren spürbar werden. Er sieht in der seit den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Verfassung festgeschriebenen Trennung in Bundesschulen und Pflichtschulen (Landesschulen) und dem damit verbundenen Kompetenzdschungel ein großes Hindernis für jeden Bildungsminister. Zusätzlich müsse dieser noch die stetig steigenden Personalkosten berücksichtigen.

Elternvertreterin **Dr. Susanne Schmid** verweist auf die hohe Zufriedenheit der österreichischen Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu anderen Ländern. Sie streicht die Bedeutung der Verantwortlichkeit der Eltern für den Bildungserfolg ihrer Kinder hervor. Jedes Kind müsse individuell betrachtet und gefördert werden, das Schulsystem reagiere noch zu wenig auf einzelne Schwächen, z.B. im Bereich der Legasthenie. Die geplanten Deutschförderkurse hält sie für sinnvoll, sie sollten aber auch in der AHS angeboten werden. Sie beruft sich dabei auf eine Aussage eines Schülers mit Migrationshintergrund in der Zeitschrift „Biber“.

**Dr. Claudia Resch** vom Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung bestätigt, dass das Bewusstsein für die Bedeutung der Bildung aus der Familie kommen müsse. Es brauche eine hohe Bildungsaspiration um erfolgreich zu sein. Bei der Leistungsbeurteilung müsse Notenwahrheit gewährleistet sein. Kompetenzkataloge seien aussagekräftiger als reine Ziffernnoten.

BORG Direktorin **Mag. Isabella Zins** hat in den letzten zehn Jahren viele Reformen erlebt, sie wurden aber über die Köpfe der Betroffenen hinweg gemacht. Sie begrüßt, dass jetzt die Menschen, die in der Praxis stehen, einbezogen werden sollen und die Vielfalt des Schulsystems erhalten bleibe. Sie hofft auf mehr Verlässlichkeit bei der Notengebung, das sei derzeit vor allem bei der Neuen Mittelschule nicht der Fall. In der Zukunft werde es eine stärkere Verbindlichkeit zwischen Eltern und Schule geben. Deutsch vor Schuleintritt sieht sie positiv.

**Raphaella Keller**, Vorsitzende des Berufsverbands der Kindergarten- und Hortpädagog/innen, bedauert, dass sich im Bereich des Kindergartens nichts geändert habe. Dieser fällt nach wie vor in die Kompetenz der Länder. Der bereits existierende Bildungsrahmenplan werde möglicherweise geändert werden. Sie wünscht sich mehr fließende Übergänge zwischen Kindergarten und Schule. Bildung sollte als Lebensbegriff verstanden werden, Kinder seien ungemein wiss- und lernbegierig.

**Resch** erwähnt, dass im Regierungsprogramm vierzehnmal das Wort Begabung und neunzehnmal das Wort Talente vorkomme. In ihrem Institut wurde ein Talentecheck mit einem Stärkekompass erarbeitet um Kindern und Eltern zu helfen den richtigen Schultyp zu finden. Die Beratung der Eltern sei teuer, da sie außerhalb der Schulzeit stattfindet.

**Zins** sieht Ergänzungen zu den Zeugnisnoten und ein Mitspracherecht der aufnehmenden Schule sehr positiv. 30% der Schüler/innen in der 9. Schulstufe schafften es nicht weiterzukommen. In letzter Zeit wurde den Lehrer/innen zu viel aufgebürdet, das Chaos in den Klassen war wegen der großen Unterschiede zwischen den Schüler/innen sehr groß. Ganz wichtig sei es die Eltern ins Boot zu holen. Sie begrüßt, dass die Bildungsstandardtestungen in die 3. und 7. Schulstufe vorverlegt wurden und erhofft sich eine Verwaltungsvereinfachung. Die Bürokratie sei durch die vielen Doku-

---

<sup>1</sup> [https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm\\_2017%e2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6](https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm_2017%e2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6)

mentationen übergroß geworden.

Letzteres bestätigt auch **Keller**. Sie spricht sich gegen zu viele Testungen im Kindergarten aus. Im Regierungsprogramm stehe viel über die Bedürfnisse der Eltern, weniger über die der Kinder. Es müsste mehr um die Bildungseinrichtung und weniger um die Betreuungseinrichtung gehen. Im Kindergarten gehe es darum Vorlauffähigkeiten zu erwerben. Auch die deutsche Sprache könne unter optimalen Bedingungen rasch erworben werden. Das Verhältnis Kinder und Pädagog/innen sei in Österreich sehr schlecht, es sollten zwei Pädagog/innen für 15 Kinder vorhanden sein. Viele Absolventinnen der BAfEP ergreifen den Beruf auch deshalb nicht, weil sie sehen, dass sie das, was sie gelernt haben, in der Praxis nie umsetzen können. Die Akademisierung wäre sehr wichtig, denn „geschickte Hände und ein gutes Herz“ seien zwar sehr wichtig, aber heute zu wenig.

**Schmid** sieht einen roten Faden im Regierungsprogramm, das Differenzierung und Vielfalt beinhaltet. Begabungsförderung bedeute nicht kleine Einsteins zu produzieren sondern die individuelle Förderung jedes Kindes. Sie sieht in der Vorverlegung der Bildungsstandards die Erfüllung einer lange vergeblich vorgebrachten Elternforderung. Sie freut sich über die Stärkung von BMHS, BS und PTS im Regierungsprogramm, wünscht sich aber eine stärkere Berücksichtigung der BHS Abschlüsse im tertiären Bereich.

**Meraner** wirft ein, dass das so hochgelobte Duale System in Österreich nicht mehr wirklich funktioniere. **Zins** führt das auf die OECD und ihre internationalen Testungen zurück. Der Akademisierungswahn habe die Bedeutung der Lehre zerstört und Österreich sei viel zu sehr OECD hörig gewesen. Meraner verweist auf die sechs Zieldefinitionen im Regierungsprogramm für die insgesamt 74 Maßnahmen vorgesehen sind.

Zum Abschluss wünscht sich **Keller**, dass alle Ministerien zum Wohl der Kinder zusammenarbeiten sollten. **Zins** kritisiert die Behauptung, dass wir eines der teuersten Schulsystem hätten. Sie wünscht sich mehr Kostenwahrheit und eine größere Wertschätzung der Pädagog/innen. Auch **Resch** befürwortet die Zusammenarbeit aller Ministerien um Begabungen zu fördern. Geld sei immer da, man müsse nur wissen, was einem etwas wert sei. Den Fächerkanon in der Schule könne man überdenken. Auch **Schmid** meint, dass das Geld vorhanden sein müsse. Prävention sei wichtig, daher brauche es mehr Unterstützungspersonal. Sie befürwortet verpflichtende Elternabende.

In der **Diskussion** wird die Weitergabe von Informationen vom Kindergarten an die Volksschule angesprochen, weiters die Überforderung der Kindergartenpädagog/innen durch zu große Gruppen und die nur in Sonntagsreden, aber nicht in der Praxis, erlebte Wahrnehmung des Kindergartens als Bildungsinstitution, die übergroßen Rechte der Eltern, die sich rasch beschwerten und die mangelnde Unterstützung der Lehrer/innen durch die Direktor/innen, eine drohende Verstaatlichung der Kinder, das oft seltsame Vorgehen von Direktor/innen, die sich entweder mit den Lehrer/innen gegen die Eltern oder mit den Eltern gegen die Lehrer/innen verbündeten, die stark politisch beeinflusste Direktorenbestellung. Nachgefragt wird die Wiedereinführung der Ausbildung zu Sonderschullehrer/innen.

**Keller** befürwortet die Informationsweitergabe die derzeit nicht in erforderlichem Ausmaß möglich ist und bestätigt die Problematik im Bereich Kindergarten als Bildungsinstitution in der Praxis. **Zins** spricht sich für die geplante Erweiterung des Mutter Kind Passes aus um die Eltern stärker verpflichten zu können. Einen zu starken politischen Einfluss auf die Direktorenbestellung sieht sie nicht. Es sei sogar sehr schwierig Personen für dieses Amt zu finden, das eher unattraktiv geworden sei. Dringend erforderlich wäre ein mittleres Management, damit die Direktor/innen sich intensiver den pädagogischen Fragen widmen könnten. **Schmid** sieht es sehr problematisch, dass den Frauen seit Jahren vermittelt werde, Vollzeitberuf, Haushalt und Kinder seien locker zu schaffen wenn es nur die geeigneten staatlichen Bildungsinstitutionen gebe. Die Wiedereinführung der Ausbildung zu Sonderpädagog/innen wird von allen begrüßt.